

Die Vorkriegspolitik des Kaisers.

Geplante Einigung zwischen Deutschland, England, Amerika und Japan.

Paris, den 12. Februar. Wie wir aus Paris erfahren, sind die Veröffentlichungen des amerikanischen Generals House über seine Mission in Berlin 1913 in den politischen Kreisen große Beachtung. In seinen Memoiren, die im New York Herald erscheinen berichtet Oberst House u. a., er habe bei einem Frühstück beim Grafen Bernstorff eine

Einigung zwischen Amerika, England, Deutschland und Japan

angeregt und zu seinem größten Erstaunen sei der deutsche Botschafter auf diese Vorschläge auch eingegangen. Im November 1913 sei der englische Sultanz Lord Grey nach Amerika gekommen und habe ihm geraten, nach Deutschland zu gehen und eine Einigung zwischen England und Deutschland, im besonderen über das Flottenbauprogramm zu Stande zu bringen. Im Mai 1914 sei er

dann mit Einwilligung des Präsidenten Wilson nach Berlin gereist und habe mit den maßgebenden Persönlichkeiten Besprechungen gehabt.

Trotz habe sich sehr angriffsstark geäußert, er sei sehr feindselig gegen England eingestellt gewesen. Der Kaiser habe geäußert, Deutschland brauche eine starke Armee, da die Saisonette ganz Europas gegen es gerichtet seien, und eine starke Flotte, um seinen Handel zu schützen. Von England habe der Kaiser mit Freundschaft und Bewunderung gesprochen. Falls England, Deutschland und Amerika zusammengingen, sei der Weltfrieden gesichert.

Deutschland erweise England einen unschätzbaren Dienst, indem es das Gleichgewicht der Kräfte gegenüber Russland aufrecht erhalte.

Der Kaiser pflichtete der Ansicht des Obersten House bei, daß eine Einigung am besten durch ein neutrales Amerika zu erzielen sei.

Schluss der Polemik über die Mussolinirede.

12. Februar 1926.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, wird der Reichsausßenminister Dr. Stresemann keinen Anlaß nehmen, auf die leste Mussolini-Rede im Reichstag zu antworten. Dazu liegt auch nach unserer Auffassung um so weniger Grund vor, als seine jüngsten Ausführungen sich in der Hauptsache mehr auf eine Defensive beziehen haben, woraus man den Schluss ziehen kann, daß er nunmehr absehbar ist, die Polemik zu beenden. Auch in Berliner politischen Kreisen glaubt man, keinen Anlaß zu haben, die Debatte in dieser Richtung fortzuführen, zumal andere wichtige außenpolitische Fragen zu erledigen sind.

Diplomatischer Schritt in Rom.

Aus politischen Kreisen wird uns mitgeteilt, daß die Reichsregierung einen diplomatischen Sondermarsch in Rom unternommen habe, um eine Einigung mit Italien zu erzielen. Es wird von den nächsten Berichten des deutschen Botschafters v. Neurath abhängen, ob eine persönliche Berichterstattung in Berlin notwendig ist. In der italienischen Frage hat im Auswärtigen Amt am Mittwoch auch eine Ausprache mit dem englischen Botschafter Lord Abernon stattgefunden, in der dieser die Auflösung der englischen Regierung mitgeteilt hat. Durch die Tätigkeit des auswärtigen Amtes, die Schritte gegen Italien im Einverständnis mit den anderen Staaten zu unternehmen, wird Italien in eine starke Isolation hineingezogen.

Der Streit um die Völkerbundsrats-Sitz.

12. Februar 1926.

Wie der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph hervorhebt, ist die Kandidatur Brasiliens für den Völkerbundsrat kaum ernst zu nehmen, denn die Zuweisung eines Ratsitzes an Brasilien wird Schwierigkeiten zwischen Argentinien, Brasilien und Chile herauftreten. Das liege nicht im Interesse der Sache. Die drei Staaten könnten sich zweitmäigiger Weise unter einander über ein Wechselsystem der Ratsvertretung einigen. Es sei ziemlich paradox, wenn sie ihre Stimmen über europäische Kriegs- und Friedensfragen abgeben wollten. Der Widerstand gegen die spanische Kandidatur wäre in England viel geringer, wenn man den spanischen Wunsch nicht auf höchst unkluge und unpraktische Art ausdrücken versucht hätte. Für diese Methode sei Madrid nicht verantwortlich. (Eine Spize gegen Frankreich! Dr. Red.) Man müsse allerdings anerkennen, daß Spanien die erste Macht der Neutralen gewesen sei, die sich aktiv am Völkerbund beteiligt habe. Deshalb dürfe man wohl mit der Aufnahme Spaniens in absehbarer Zeit rechnen.

Die polnische Kandidatur dagegen stehe auf durchaus anderer Grundlage. Einige zu ihrer Unterstützung angeführten Beweisgründe ständen im Widerspruch mit dem Geiste der Völkerbundstatuten. Der Gedanke, daß Polen deshalb einen ständigen Sitz erhalten müsse weil Deutschland auch einen besaße und weil polnisch-deutsche Streitfälle sehr häufig wären, treffe nicht den Kern der Sache. Polen werde immer im Rat vertreten sein wenn Streitigkeiten behandelt würden. Außerdem könne Polen solche Streitfälle stets vor die Vollversammlung bringen. Das Argument, daß Polens ständige Ratsvertretung notwendig sei, um das Gleichgewicht zwischen den Mächten zu sichern und um Deutschland zu verhindern, das englisch-französische Gleichgewicht zu Gunsten Englands zu verschieben, übersehe die Tatsache, daß der Zweck des Völkerbundes gerade in der Belebung dieses alten Gleichgewichts der Mächte besteht, das früher zwischen rivalisierenden Gruppen und Koalitionen bestanden habe oder angestrebt worden sei. Außerdem könne Belgien einwenden, daß wenn einige kleinere alliierte Mächte einen ständigen Sitz erhalten, Belgiens Ansprüche sehr viel besser wären als die Polens. Die polnische Forderung auf Vorzugsbehandlung habe in Belgien und einer ganzen Reihe anderer Mitgliedsstaaten bestimmt. Man weise darauf hin, daß wenn Verdienste um den Völkerbund für die Zuweisung von Sitzen im Völkerbundsrat in Betracht lämen, die Qualifikation Polens, das bei mehr als einer Gelegenheit den Völkerbund verhöhnt habe, nicht als so gut bezeichnet werden könnte, als die verschiedener anderer Staaten.

Sächsischer Landtag.

Sitzung vom 11. Februar 1926.

Die Tribünen sind voll belebt. Vor dem Ständehaus stehen noch Gruppen Einlaßberechtigter. Als erster Punkt wird

der kommunistische Antrag auf Auflösung des Landtages

behandelt. Abg. Böttcher (Komm.) begründet den Antrag. Die Regierung sei nicht gewollt vom General Müller erhalten. Die Vertreter der Regierung seien die Vertreter des sächsischen Kapitals. Die Regierung habe keine Stütze in der Arbeiterschaft. Die politische und soziale Reaktion herrsche in Sachsen. Die Sozialdemokraten seien die Haushälter der Reaktion im Landtage. Eine Koalitionsregierung könne nie ein Mittel der Förderung von Arbeiterinteressen sein. Als Redner dem Abg. Liebmann vorwirkt, er sei mit seiner ursprünglichen Forderung auf ultimative Auflösung des Landtages umgefallen, ruft ihm Abg. Liebmann zu: Rede doch nicht solch dummes Zeug! (Heiterkeit.) Die Sozialdemokraten forderten, im Wahlkampf von den Arbeitern ganz eilig in die Pfanne gehauen zu werden. Redner schreibt: Wir haben die Garantie, daß die kommunistische Fraktion erheblich verstärkt aus dem Wahlkampf herauftrete. (Heiterkeit.) — Ein Antrag auf sofortige Schlussberatung wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Vintagsocialisten abgelehnt. — Abg. Menz (Soz.) erwidert dem kommunistischen Redner: Lassen Sie das nur unsere Sache sein, wie wir unsere Beschlüsse durchführen. Wenn wir heute der Schlussberatung widersprochen haben, so geschieht es wegen — (Zuruf: Wegen Erhaltung der Daten!) — nein, wegen der Wichtigkeit der noch zu erledigenden Tagesordnung (Gelächter). Es wäre eine Kritik von uns, wollten wir heute zur Auflösung des Landtages kommen. (Zuruf: Machen Sie doch nicht soisches Theater!) — Abg. Liebhardt (Komm.) Was Menz gesagt habe, sei nur ein Betrugsmittel der Arbeitera gegenüber. — Abg. Beutler (Dnat.): Es ist der Antrag gestellt worden, den Auflösungsantrag an den Reichsausschuß zu überweisen. Mit wäre es nie, wenn mit dem Antragsteller vertragen wollte, was wir im Reichsausschuß mit dem Auflösungsantrag machen sollen. (Heiterkeit.) Im übrigen habe ich zu erklären, daß wir gegen den Auflösungsantrag stimmen werden. Wir haben zwar selbst schon die Auflösung des Landtages beantragt, aber zu einer Zeit, die wir für opportun hielten; von Kommunisten und Sozialdemokraten lassen wir uns den Zeitpunkt nicht bestimmen. — Abg. Böttcher (Komm.) konstatiert unter dem Gelächter des ganzen Hauses eine Erweiterung der Großen Koalition auf die Deutschenationalen. Die Sozialdemokraten würden schon eine politische Feiertag erleben. (Beifall auf den Tribünen. Der Präsident droht, im Wiederholungsfalle mit der sofortigen Räumung der Tribünen.) Der Antrag auf Verweisung des Auflösungsantrages an den Reichsausschuß wird mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien abgelehnt. Die Bänke der Sozialdemokraten sind nur schwach besetzt.

Es wird sodann in zweiter Lesung beraten: über die Anträge Jähnig und Gen. (Dem.) auf gebühren- und stempelfreie Eintragung von Hypotheken, die zur Instandsetzung und Erhaltung von Wohnhäusern aus öffentlichen Mitteln gegeben werden; Kunzsch und Gen. (Dnat.) wegen Unwendung der Kosten- und Stempelfreiheit auch auf Handwerkerbaugenossenschaften; und Röllig und Gen. (D. Bp.) auf gebühren- und stempelfreie Eintragung der Grundbühl, nach § 7 des Aufwertungsgesetzes u. a. Der Antrag Jähnig beantragt, den Antrag Jähnig anzunehmen, den Antrag Kunzsch abzulehnen und den Antrag Röllig mit der Aenderung anzunehmen, „die Kosten für Hypothekenintragung und die Stempelgebühren angemessen herabzusezen“. Durch eine Zusatzmehrheit der bürgerlichen Fraktionen wird der Antrag Kunzsch angenommen, indem der Ausführungsantrag Ablehnung findet. — Der Entwurf eines Gesetzes über Einstellung des Personalabbaues wird entsprechend dem Aenderungsantrag des Ausschusses angenommen. Weiter werden Kap. 3 des ordentlichen Etats (Staatliche Straßenbahnen und Kraftwagenlinien usw.), Tit. 10 (Kapitalbedarf des staatlichen Straßenbahnenunternehmens) des außerordentlichen Etats und Tit. 11 (Kapitalbedarf des staatlichen Kraftwagenunternehmens) entsprechend den Einstellungen in den Staatshaushaltplan genehmigt. Hierbei stellt Abg. Dr. Edard (Dnat.) einen Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch den eine Entschädigung derjenigen Personen vorgesehen wird, die bei der Benutzung staatlicher Kraftwagen verunglückten. — Abg.

Frau Dr. Hertwig-Bünger (D. Bp.) kritisiert die Verhältnisse bei den staatlichen Straßenbahnen, insbesondere bei der Linie Nieder-Röhrsdorf. — Finanzminister Dr. Dehne betont, den Antrag Dr. Edard in der vorliegenden Form nicht anzunehmen. Die Regierung habe bereits im Ausschuß eine Prüfung der Frage zugesagt. — Der Antrag Dr. Edard wird abgelehnt und entsprechend den Ausschusshandlungen Beschluss gefasst.

Es folgt die Beratung über die sozialdemokratischen Anträge. Abg. Arzt (Soz.) begründet den Antrag auf

Bewilligung von Mitteln für Notstandsarbeiten zur Linderung der Not der Erwerbslosen sowie zur Unterstützung der durch die allgemeine Wirtschaftskrise in Not Geratenen.

Er meint, die Spekulation der Deutschen Nationalen darauf, daß die vorliegenden Anträge nur von den Vintagsocialisten gestellt seien, sei irrig. Die drei sozialdemokratischen Ministerabgeordneten hätten nur aus bestimmten Gründen ihren Namen nicht unter die Anträge gesetzt. Bei einer Abstimmung würden auch sie ihre Stimmen für diese Anträge abgeben. (Zuruf: Wenn der Kleinsten!) Die gegenwärtige Wirtschaftskrise sei eine von den Kapitalistern gewollte. (Zuruf: Unerhört! Gemeinkheit!) Weitere Anträge fordern den Erlass eines Gesetzes über die vorläufige Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer, ferner den Erlass eines Gesetzes über den Wohnungsbau und betreffend den Achtstundentag und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. — Abg. Kunzsch (Dnat.) begründet seinen Antrag bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge und die zur Verfügung stehenden Sondermittel zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit auch zur Förderung des Wohnungsbauwesens durch Gewährung von ersten Hypotheken verwendet werden können. — Finanzminister Dr. Dehne: Die Anträge sind finanziell von außerordentlicher Tragweite. Nach den Anträgen sieht es so aus, als hätte dieser Staat zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit noch nichts getan. Im Staatshaushaltswillen sind bei Kap. 36 je 3 Mill. M. für diese Zwecke eingestellt. Es sind bereits große Summen verwendet worden. Wenn in jedem Monat nur — wie bisher — 1½ Millionen Mark verwendet werden, so kommen vielleicht 13 Millionen Mark. Nicht inbegriffen sind etwaige Erhöhungen der Sätze für Erwerbslosenunterstützung und Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung. Wir müssen mit einem Betrage von 30 bis 40 Millionen Mark rechnen. Das sind zwangsläufige Ausgaben. Für die produktive Erwerbslosenfürsorge wird uns das Reich etwa 8 Millionen Mark zur Verfügung bringen, wenn Sachsen ebenfalls diese Summen verwendet. Es kommen also 40 bis 50 Millionen Mark in Frage. Weiter werden in den Anträgen 10 Millionen Mark für die durch die Wirtschaftskrise in Not Geratenen Personen gefordert. Eine individuelle Wohnfakturpflege kann vom Staat nicht getrieben werden. Das Wichtigste ist, woher die geforderten Mittel genommen werden sollen. Dem Staat geht es heute genau so, wie vielen Privatunternehmern: Seine Bonität ist gut, aber er leidet Mangel an Zahlungsmitteln. Deshalb ist die Lage der Staatsfinanzen außerordentlich ernst. Wir hatten Anfang Januar nur 24 Millionen Mark in den Staatstassen, die Ende März auf 10 Millionen Mark zusammengezahlt sein werden. Anfang April werden die Steuervehälften vollständig aufgebraucht sein. Und doch brauchen wir Betriebsmittel für Bezahlung von Löhnen und Gehältern. So sieht die Liquidität des Staates aus! Der von dem Antragsteller vorgeschlagene Weg, die Mittel durch Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer aufzubringen, ist ungängbar und führt nicht zum Ziele. Das würde zu den größten Härten und Ungerechtigkeiten führen. Die Steuerstundungen, die jetzt schon gewährt werden müssen, würden sich vermehren. (Abg. Böttcher: Es sollen nur 30 Prozent bezahlt und 70 Prozent gestundet sein. Abg. Dr. Kästner: An Verstand sind bei Ihnen, Herr Böttcher, nur 30 Prozent eingegangen.) Wenn man den vorgeschlagenen Weg auch ohne Rücksichtnahme auf die wirtschaftliche Lage des Staates nicht verfolgen möchte, würde er doch nicht zum Ziele führen. 20 Millionen Mark mehr könne man vom Grundbesitz und Gewerbe nicht herausziehen. Weiter wird die Kleinstteil von 30 Millionen Mark für die Förderung des Wohnungsbauwesens verlangt. Diese Summe ist nicht vorhanden und in der gewünschten Zeit auch nicht aufzubringen. Durch das neue Mietinsteuergesetz werden dem Wohnungsbauwesent nicht weniger als 90 Millionen Mark zugesetzt werden. (Hört! Hört!) Es fragt sich, ob zur Verwendung dieser Mittel auch die notwendige Anzahl gelehrter Arbeitera vorhanden ist. — Abg. Böttcher (Komm.) erklärt, seine Partei werde den sozialdemokratischen Anträgen zustimmen. — Abg. Bläher erklärt, die Rde Arzt sei nur eine Sammlung agitatorischer und demagogischer Phrasen, die nicht einmal schön klängen. Die Sozialisten wollen das Elend der Erwerbslosen und der Wohnunglosen ausmühlen, um ihre Parteiewähler zu erfüllen und ihre Parteidoktrine zu wahren. Zur Ausschaltung werde keine Fraktion versuchen, etwas Vernünftiges aus den Anträgen zu machen. — Die Deutschen Nationalen erläutern die Anträge in der vorliegenden Form für unannehmbare. Sie würden sie aber zu verbieten suchen. Namens der Demokraten äußerte sich Dr. Seydel ähnlich wie Bläher. — Abg. Schwarz (Soz.) betonte ebenso wie Abg. Arzt, daß die sozialdemokratische Fraktion einstellig hinter diesen Anträgen stehe und für sie stimmen werde. Ferner erklärte er mit großem Nachdruck, daß noch im ersten Vierteljahr ein Auflösungsentscheid ge stellt werde. Die 23 Deutschen Nationalen hielten unter Ehrenwort erklärte, daß sie für die Auflösung einzutreten würden. — Die Anträge selbst wurden zum Abschluß den beiden Haushaltsschüssen überwiesen.

Nächste Sitzung Dienstag, 16. Februar. Zweite Beratung des sozialdemokratischen Antrags auf Auflösung des Landtages. Gesetzentwurf und demagogischer Antrag zum Renten- und Naturkredit, Gesetzentwurf zur Abänderung des allgemeinen Baugesetzes und Antrag auf reichsgerichtliche Regelung der Bodenwirtschaft. — Am 16. Februar 1926. — Die Deutschen Nationalen erläuterten die Anträge in der vorliegenden Form für unannehmbare. Sie würden sie aber zu verbieten suchen. Namens der Demokraten äußerte sich Dr. Seydel ebenso wie Bläher. — Abg. Schwarz (Soz.) betonte ebenso wie Abg. Arzt, daß die sozialdemokratische Fraktion einstellig hinter diesen Anträgen stehe und für sie stimmen werde. Ferner erklärte er mit großem Nachdruck, daß noch im ersten Vierteljahr ein Auflösungsentscheid ge stellt werde. Die 23 Deutschen Nationalen hielten unter Ehrenwort erklärte, daß sie für die Auflösung einzutreten würden. — Die Anträge selbst wurden zum Abschluß den beiden Haushaltsschüssen überwiesen. — Die Deutschen Nationalen erläuterten die Anträge in der vorliegenden Form für unannehmbare. Sie würden sie aber zu verbieten suchen. Namens der Demokraten äußerte sich Dr. Seydel ebenso wie Bläher. — Abg. Schwarz (Soz.) betonte ebenso wie Abg. Arzt, daß die sozialdemokratische Fraktion einstellig hinter diesen Anträgen stehe und für sie stimmen werde. Ferner erklärte er mit großem Nachdruck, daß noch im ersten Vierteljahr ein Auflösungsentscheid ge stellt werde. Die 23 Deutschen Nationalen hielten unter Ehrenwort erklärte, daß sie für die Auflösung einzutreten würden. — Die Anträge selbst wurden zum Abschluß den beiden Haushaltsschüssen überwiesen. — Die Deutschen Nationalen erläuterten die Anträge in der vorliegenden Form für unannehmbare. Sie würden sie aber zu verbieten suchen. Namens der Demokraten äußerte sich Dr. Seydel ebenso wie Bläher. — Abg. Schwarz (Soz.) betonte ebenso wie Abg. Arzt, daß die sozialdemokratische Fraktion einstellig hinter diesen Anträgen stehe und für sie stimmen werde. Ferner erklärte er mit großem Nachdruck, daß noch im ersten Vierteljahr ein Auflösungsentscheid ge stellt werde. Die 23 Deutschen Nationalen hielten unter Ehrenwort erklärte, daß sie für die Auflösung einzutreten würden. — Die Anträge selbst wurden zum Abschluß den beiden Haushaltsschüssen überwiesen. — Die Deutschen Nationalen erläuterten die Anträge in der vorliegenden Form für unannehmbare. Sie würden sie aber zu verbieten suchen. Namens der Demokraten äußerte sich Dr. Seydel ebenso wie Bläher. — Abg. Schwarz (Soz.) betonte ebenso wie Abg. Arzt, daß die sozialdemokratische Fraktion einstellig hinter diesen Anträgen stehe und für sie stimmen werde. Ferner erklärte er mit großem Nachdruck, daß noch im ersten Vierteljahr ein Auflösungsentscheid ge stellt werde. Die 23 Deutschen Nationalen hielten unter Ehrenwort erklärte, daß sie für die Auflösung einzutreten würden. — Die Anträge selbst wurden zum Abschluß den beiden Haushaltsschüssen überwiesen. — Die Deutschen Nationalen erläuterten die Anträge in der vorliegenden Form für unannehmbare. Sie würden sie aber zu verbieten suchen. Namens der Demokraten äußerte sich Dr. Seydel ebenso wie Bläher. — Abg. Schwarz (Soz.) betonte ebenso wie Abg. Arzt, daß die sozialdemokratische Fraktion einstellig hinter diesen Anträgen stehe und für sie stimmen werde. Ferner erklärte er mit großem Nachdruck, daß noch im ersten Vierteljahr ein Auflösungsentscheid ge stellt werde. Die 23 Deutschen Nationalen hielten unter Ehrenwort erklärte, daß sie für die Auflösung einzutreten würden. — Die Anträge selbst wurden zum Abschluß den beiden Haushaltsschüssen überwiesen. — Die Deutschen Nationalen erläuterten die Anträge in der vorliegenden Form für unannehmbare. Sie würden sie aber zu verbieten suchen. Namens der Demokraten äußerte sich Dr. Seydel ebenso wie Bläher. — Abg. Schwarz (Soz.) betonte ebenso wie Abg. Arzt, daß die sozialdemokratische Fraktion einstellig hinter diesen Anträgen stehe und für sie stimmen werde. Ferner erklärte er mit großem Nachdruck, daß noch im ersten Vierteljahr ein Auflösungsentscheid ge stellt werde. Die 23 Deutschen Nationalen hielten unter Ehrenwort erklärte, daß sie für die Auflösung einzutreten würden. — Die Anträge selbst wurden zum Abschluß den beiden Haushaltsschüssen überwiesen. — Die Deutschen Nationalen erläuterten die Anträge in der vorliegenden Form für unannehmbare. Sie würden sie aber zu verbieten suchen. Namens der Demokraten äußerte sich Dr. Seydel ebenso wie Bläher. — Abg. Schwarz (Soz.) betonte ebenso wie Abg. Arzt, daß die sozialdemokratische Fraktion einstellig hinter diesen Anträgen stehe und für sie stimmen werde. Ferner erklärte er mit großem Nachdruck, daß noch im ersten Vierteljahr ein Auflösungsentscheid ge stellt werde. Die 23 Deutschen Nationalen hielten unter Ehrenwort erklärte, daß sie für die Auflösung einzutreten würden. — Die Anträge selbst wurden zum Abschluß den beiden Haushaltsschüssen überwiesen. — Die Deutschen Nationalen erläuterten die Anträge in der vorliegenden Form für unannehmbare. Sie würden sie aber zu verbieten suchen. Namens der Demokraten äußerte sich Dr. Seydel ebenso wie Bläher. — Abg. Schwarz (Soz.) betonte ebenso wie Abg. Arzt, daß die sozialdemokratische Fraktion einstellig hinter diesen Anträgen stehe und für sie stimmen werde. Ferner erklärte er mit großem Nachdruck, daß noch im ersten Vierteljahr ein Auflösungsentscheid ge stellt werde. Die 23 Deutschen Nationalen hielten unter Ehrenwort erklärte, daß sie für die Auflösung einzutreten würden. — Die Anträge selbst wurden zum Abschluß den beiden Haushaltsschüssen überwiesen. — Die Deutschen Nationalen erläuterten die Anträge in der vorliegenden Form für unannehmbare. Sie würden sie aber zu verbieten suchen. Namens der Demokraten äußerte sich Dr. Seydel ebenso wie Bläher. — Abg. Schwarz (Soz.) betonte ebenso wie Abg. Arzt, daß die sozialdemokratische Fraktion einstellig hinter diesen Anträgen stehe und für sie stimmen werde. Ferner erklärte er mit großem Nachdruck, daß noch im ersten Vierteljahr ein Auflösungsentscheid ge stellt werde. Die 23 Deutschen Nationalen hielten unter Ehrenwort erklärte, daß sie für die Auflösung einzutreten würden. — Die Anträge selbst wurden zum Abschluß den beiden Haushaltsschüssen überwiesen. — Die Deutschen Nationalen erläuterten die Anträge in der vorliegenden Form für unannehmbare. Sie würden sie aber zu verbieten suchen. Namens der Demokraten äußerte sich Dr. Seydel ebenso wie Bläher. — Abg. Schwarz (Soz.) betonte ebenso wie Abg. Arzt, daß die sozialdemokratische Fraktion einstellig hinter diesen Anträgen stehe und für sie stimmen werde. Ferner erklärte er mit großem Nachdruck, daß noch im ersten Vierteljahr ein Auflösungsentscheid ge stellt werde. Die 23 Deutschen Nationalen hielten unter Ehrenwort erklärte, daß sie für die Auflösung einzutreten würden. — Die Anträge selbst wurden zum Abschluß den beiden Haushaltsschüssen überwiesen. — Die Deutschen Nationalen erläuterten die Anträge in der vorliegenden Form für unannehmbare. Sie würden sie aber zu verbieten suchen. Namens der Demokraten äußerte sich Dr. Seydel ebenso wie Bläher. — Abg. Schwarz (Soz.) betonte ebenso wie Abg. Arzt, daß die sozialdemokratische Fraktion einstellig hinter diesen Anträgen stehe und für sie stimmen werde. Ferner erklärte er mit großem Nachdruck, daß noch im ersten Vierteljahr ein Auflösungsentscheid ge stellt werde. Die 23 Deutschen Nationalen hielten unter Ehrenwort erklärte, daß sie für die Auflösung einzutreten würden. — Die Anträge selbst wurden zum Abschluß den beiden Haushaltsschüssen überwiesen. — Die Deutschen Nationalen erläuterten die Anträge in der vorliegenden Form für unannehmb

Kurze Mitteilungen.

12. Februar 1926

Reichspräsident von Hindenburg empfing gestern eine Abordnung des Reichslandbundes, bestehend aus Bauern der Provinzen Brandenburg, Preußen, Schleswig-Holstein, sowie aus Mecklenburg und Bayern.

Wie die Morgenblätter melden, wird Reichspräsident von Hindenburg heute die Führer der großen Organisationen der Kriegsteilnehmer empfangen, die sich für die Schaffung eines Ehrenmales für die Gefallenen einsetzen wollen.

Am Donnerstag hat im Auswärtigen Amt der Austausch der Konsultationsrunden über die am 12. Oktober 1925 abgeschlossenen deutsch-russischen Rechts- und Wirtschaftsverträge durch den Reichsausßenminister Dr. Stresemann und den russischen Botschafter Krestinski stattgefunden. Die Verträge treten am 12. März 1926 in Kraft.

Den an der Prager deutschen Universität studierenden ausländischen Hörern ist mit dem gestrigen Tage die Ausenthaltsbewilligung in der Oberherrschaft entzogen worden, jedoch nicht denjenigen, die an der tschechischen Universität studieren. Die akademischen Behörden haben beim Polizeipräsidium dringende Vorstellungen hiergegen erhoben.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 11. Februar.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Beratung des Reichshaushaltplanes für 1926.

Als erster Redner aus dem Hause nimmt Abg. Herzog (Dnl.) das Wort. Der Abbau der Produktionshemmenden Steuern sei durchaus zu begrüßen. Der Minister werde auch die Unterstützung der Deutschen Nationalen finden, wenn er diesen Weg weiter verfolge. Auch die deutsch-nationale Fraktion hätte Abbauverschläge gemacht (Lachen links). Der fundamentalistische Untergang der Deutsch-nationalen Politik und der des Ministers ist der, daß wir, so erklärt der Redner, den Steuerabbau ausgleichen wollen durch Erhöhung der Ausgaben und Steigerung der Einnahmen. Das Programm des Ministers enthält davon aber nichts. Die Durchführung der Verschläge des Ministers zum Finanzausgleich würde eine dauernde Unsicherheit in das Verhältnis zwischen Reich, Ländern und Gemeinden bringen. (Als der Redner von der Erwerbslosenfürsorge spricht, ruft eine Frau von der Publikumstimme ganz laut: Gibt keine Haushaltspflichten! Als sie den Ruf mehrfach wiederholt, wird sie auf Beweinung des Präsidenten von der Tribüne entfernt.) Es sei zu befürchten, daß mit dem Programm des Finanzministers die unvermeidlichen Ausgaben nicht gedeckt werden können, so daß die Gefahr einer Finanzkontrolle drohe, die aber unbedingt vermieden werden sollte. Im Ausland wird der Eindruck einer unsoliden deutschen Finanzbedarfs erweckt werden. Durch die heimende Not und die Arbeitslosigkeit seien die Grundlagen des Damess-Gutachtens zusammengefallen. Der Redner schließt mit der Aussicht in diesen Fragen die Parteiliegenschaften zu überbrücken (Beifall rechts).

Abg. Hilsberg (Soz.) richtet hettige Angriffe gegen die Deutschen Nationalen und hält ihnen vor, daß das Dawesabkommen doch nur mit ihrer Hilfe möglich gewesen wäre. Graf Westarp habe damals die Abstimmung dirigiert (Große Unruhe rechts und links: Lügen!) Der Redner begrüßt die angekündigte Heraushebung der Umlaufsteuer. Eine Preisentlastung wird ihre Wirkung aber nur dann haben können, wenn eine entsprechende Handelsvertragspolitik getrieben wird. Die angekündigte Wiederherstellung der Bevölkerung, vor allem der Vermögenssteuer, billigt der Redner nicht. Schon jetzt ist in Deutschland der Besitz nur mit 2 Milliarden belastet, während die Massenbelastung 4,8 Milliarden beträgt. Die Frage des Finanzausgleichs sei jetzt das große deutsche Kernproblem. Notwendig sei die Kon-

trolle der Wirtschaft durch den Staat. Damit belenne man sich auch zum deutschen Einheitsstaat. Ohne die große Verwaltungsreform im Sinne des Einheitsstaates werden wir aber auch nicht zur Überwindung der Finanznot und der jetzigen Verwaltungsschwierigkeiten kommen. Es ist beschämend, daß wir uns noch immer als Bayern, Hessen und Württemberger fühlen statt als Deutsche, als Glieder einer großen Nation.

Abg. Erzing (Btr.) erhebt sehr schwere Bedenken gegen die Heraushebung der Börsenumsatzsteuer und schlägt dafür den Abbau der Zukaufsteuer vor. Der Absicht, Ausgaben für produktive Anlagen durch Anleihen zu decken, stimmt er zu. Das Zentrum hätte diesen Gedanken seit Jahren vertreten, aber die praktische Durchführung lehnte daran, daß für Staatsanleihen in der Bevölkerung kein Interesse war. Der Redner fordert von den Parlamenten mehr Verantwortungsfähigkeit und warnt vor dem läufigen Eintreten der Popularitätsabschöpfung. Es müsse mit der Sparparole endlich Ernst gemacht werden. Der Reichskohlenkommissar könne abgeschafft werden. In manchen Städten gebe es zwei Finanzämter, die zusammengelegt werden könnten. Auch Zoll- und Finanzämter könnten hier und da vereinigt werden. Die Kosten des Auswärtigen Amtes seien geradezu überragend; sie sind von 20 Millionen vor dem Kriege auf 55 Millionen gestiegen. Die Pensionslasten betragen 25 Milliarden.

Abg. Dr. Cremer (D.V.P.) bedauert, daß immer wieder, auch bei Fragen, die rein sachlich behandelt werden können, die Streitart zwischen der Rechten und der Linken zur Freude des Auslandes geschwungen werde. Man könnte sich doch bei diesen Fragen, die die gemeinsame Not betreffen, auf einen gemeinsamen Boden zu kommen finden. Notwendig sei eine Wirtschaftspolitik auf lange Sicht. Mit Erleichterungen für ein Jahr allein könne die Wirtschaft nicht geholfen werden. Die Weltwirtschaftskrise werde noch lange andauern. Deshalb könne man auch für die deutsche Wirtschaft, die noch mit Reparationslasten belastet sei, nur mit starken Vorbehalten in die Zukunft schauen. Die Fraktion der deutschen Volkspartei werde das Finanzprogramm des Ministers wohlwollend prüfen. Mit dem Beamtenabbau müsse Schluss gemacht werden. Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Bülow (Soz.) wegen Beträgerbeutung wird erteilt. Die Immunität wird für den betreffenden Fall aufgehoben. Das Haus verläßt sich. Freitag 1 Uhr: Fortsetzung der Statsberatungen.

Aus aller Welt.

* Das Explosionsunglück in München. Am Donnerstag vormittag nach 9 Uhr erfolgte wie wir bereits gestern auf Grund eines eigenen Auslandsberichtes mitteilten, in der Konditorei Deindl eine Explosion, durch die im Hause die Fensterläden herausgerissen, die Mauern teilweise beschädigt und in weitem Umkreise die Fenster zerstört wurden. Zwanzig Personen wurden verletzt, von ihnen zehn so schwer, daß sie in die Klinik gebracht werden mussten. Die schwerste Verletzung hat die Bäckersfrau Deindl erlitten, der die Schlagader am Halse bloßgelegt wurde. Tote sind bisher nicht zu beklagen. Die Explosion soll durch eine Unvorsichtigkeit beim Desinfizieren hervorgerufen worden sein. Nach dem Urteil von Sachverständigen hätte die zur Desinfektion verwandte Menge von Schwefelkohlenstoff genügt, das ganze Haus zu zerstören.

Familientragödie bei Weimar. Eine erschütternde Familientragödie hat sich am Mittwoch abends in Röthenberg bei Weimar abgespielt. Dort gab der Bergmann Oswald Krieger seinen im Bett liegenden zwei und drei Jahre alten Kindern Gas, und als der Tod nicht sofort eintrat, tötete er die Kinder durch Messerstiche ins Herz. Er bettete die Kinder nebeneinander, sah sie an, schaltete die Hände und begab sich darauf aus den Dachboden, wo er sich erhängte. Seinen älteren Jungen hat Krieger zu seiner Schwester mit einem Brief geschickt, in dem er sein Vorhaben ankündigte. Seine Frau war nicht zu Hause. Das unglückliche Ju-

rgenleben mit ihr scheint Friede, der einen guten Leumund hatte, und seine Kinder sehr geliebt haben, vielleicht spielen aber auch wirtschaftliche Nöte eine Rolle, denn Krieger mußte seit Stilllegung der Gewerkschaft Röthenberg auswärts arbeiten und verdiente sehr wenig.

* Der Student in der Fremdenlegion. Das unter rätselhaften Umständen erfolgte Verschwinden eines Studenten der Technischen Hochschule in Stuttgart, namens Paul Dobra, den man seit April 1924 vermisst, ist jetzt aufgedeckt worden. Dobra hatte sich von Stuttgart nach München begeben und war seitdem verschollen. Nach amtlichen Mitteilungen befindet er sich in der französischen Fremdenlegion in Marokko. Es steht noch nicht fest, ob er dortin verschleppt worden ist, oder freiwillig in die Fremdenlegion eingetreten ist.

* Ein Arrestbefehl gegen Eva de Butt. Gegen Amalie Janke, genannt Eva de Butt, erließ das Amtsgericht Berlin-Schöneberg einen Arrestbefehl, auf Grund dessen ihr 50—60 PS Automobil geplündert wurde. Gläubigerin ist eine Inneneinrichtungsfirma am Kurfürstendamm in Berlin, wegen einer Forderung über 15 000 Mark.

* Selbstmord einer Mussolini-Berührerin. Die 27jährige Schwester der Schauspielerin Marie Orska, Gräfin Gabriele Serra-Manfredi, hat in einem Hotel Unter den Linden in Berlin Selbstmord verübt, indem sie sich mit der Borlaughnur am Fenstercross erhängte. Sie war am Abend im Club „Bühne und Film“ gewesen, wo sie vom Kapellmeister verlangte, daß er zu Ehren Mussolinis auf den sie ein hoch ausbrachte, einen Tusch spielen sollte. Die Anwesenden verboten sich diese Provocation. Darauf verließ die Gräfin ihre erregte den Club. Ihr früherer Schwager, Herr von Bleichröder, der der unehelichen Szene beigewohnt hatte, sah sich veranlaßt, die Schwester der Gräfin, seine frühere Gattin Maria Orska anzuruhen, um ihr den peinlichen Zwischenfall zu erzählen. Frau Orska erwartete ihre Schwester im Hotel und machte ihr sehr heftige Vorwürfe. Die Gräfin lachte ihr Zimper auf und kam im Laufe des Vormittags nicht zum Vorschein. Das war nichts Selenes. Da sie sonst unter normalen Zuständen litt, hatte sie sich angewöhnt, Schlafmittel zu nehmen. So schloß sie fast täglich bis mittags. Als die Gräfin nachmittags nicht erschien, wurde die verschlossene und verriegelte Tür durch einen Schlosser geöffnet. Man fand die Gräfin erhängt auf.

* Schredensfest eines Zigeuners. Aus Kalchau (Tschechoslowakei) wird gemeldet: Josef Buzan in dem ungarischen Dorf Kunszentmarjan hat durch eine entsetzliche Tat die dortige Bevölkerung in furchtbare Angst versetzt. Er wollte in den nächsten Tagen seine Hochzeit feiern und dabei sollte eine Zigeunermaus aufführen. Der Primas, obwohl er mit Buzan verwandt sein soll, forderte die Bezahlung der Maut im vornhinein, der arme Bräutigam aber hatte kein Geld. Deshalb ging er in das Gehöft der Landwirtschaft Szedens, ermügte sie und raubte aus einer Kassette einen Geldbetrag und Schmuckstücke. In dem Augenblick, als er mit seiner Beute fliehen wollte, trat ihm die 17 Jahre alte Tochter der Ermordeten auf der Türschwelle entgegen. Buzan schlug das Mädchen nieder und stieß ihm in grausamster Art ein Stück Holz in den Hals, so daß es einen furchterlichen Tod erlitt. Der Mörder wurde verhaftet. Man fand bei ihm den gestohlenen Geldbetrag in der Höhe von 2 800 000 ungarischen Kronen.

Handel und Industrie.

* Die Großhandelsindexziffer. Die auf den Stichtag des 10. Februar berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Stande vom 3. Februar (119,2) um 0,3 Prozent auf 118,8 zurückgegangen. Von den Hauptgruppen haben die Agrar-Erzeugnisse von 113,5 auf 113,0 oder um 0,4 Prozent, die Industriestoffe von 129,9 auf 129,7 oder um 0,2 Prozent nachgegeben.

Irrende Herzen.

Roman von Karl Sibert.

(Nachdruck verboten.)

Gebutes Kapitel.

Die halbe Stadt nahm an der Beerdigung des Barden Lucian Harthaus teil, der auf so tragische Weise ums Leben gekommen war. Ein imposanter Beerdigungszug bewegte sich hinter seinem Sarge. Finanzleute gingen neben Bürgern und Arbeitern, alle gleich erschüttert von dieser Trauer über den Tod dieses Mannes von Seelengröße und Menschenlebe. Alle hatten das Gefühl, als sei mit ihm ein Mann dahingegangen, dessen Tod für sie ein unerträglicher Verlust bedeutete.

Mander, der dem Sarge folgte, hätte von der selbstlosen Güte, von der Herzenseinsicht und der außergewöhnlichen Menschlichkeit des Dahingeschiedenenzeugnis ablegen können. Hätte von Laien berichten können, wie sie vollkommen nur einer, Jesus von Nazareth, eins gefallen hätte, dem dieser große Tod nachzusehen bestrebt war, ohne daß er im äußeren Sinne des Wortes „fromm“ gewesen wäre. War auch Lucian Harthaus nie eine Kirche betreten, und doch war er einer der besten Christen. Sein Gottesdienst bestand nicht im Beten und Vorlesen. Bei ihm war's die Tat!

Nicht durch Worte allein helfen wir unseren Mitmenschen, sondern durch die Tat! " war der Wahlspruch Lucian Harthaus". Und er war unermüdblich darin, mit der Tat zu helfen und den Zaudernden, den Säuglingen mit guiem Beispiel voranzugehen. Er war eine Jesuatur, ganz erfüllt von reinster, barmherziger Menschenliebe, die hilft und gibt, ohne zu fragen, wer der Menschenbruder sei.

Er war ein Idealist und glaubte mit stärkster Überzeugung daran, daß sich die Welt immer mehr vervollkommen werde durch die Verbrüderung der Nationen. Rauhig war er auch der harte Gegner des Krieges, und während der Zeit, da sich die Menschen draußen sinnlos ab-

schlachten, predigte er unablässigen Frieden. Wäre er nicht ein Krappel gewesen, hätte ihn die Militärgewalt längst in eine Uniform auffordert, um ihn dadurch „unzählig“ zu machen. So konnte man ihm nichts anhaben, wagte sich auch nicht recht an den mutigen Verkünder der Wahrheit heran, weil er durch seinen Fleiß immer eine gewisse Macht besaß. Außerdem war er rege im Dienste des Roten Kreuzes tätig. Er gab unablässig, erichtete Hölle für Kriegsinvaliden, schuf Wohlfahrtsseinrichtungen und war Tag und Nacht tätig. Wunden zu stillen, die von ihm so gehoben Kreuz geschlagen hatte.

Er nahm dabei seine Rücksicht auf seine Gesundheit. Ost ist er wochenlang kaum aus dem Kleider. Sein Doktor, der ihn einmal unterwegs traf, machte ihm darüber Bemerkungen und stellte ihm ernstlich vor, daß er sich unbedingt schonen müsse, solle er nicht Gefahr laufen, seine Kräfte bei der angestrengten Tätigkeit völlig aufzutreiben.

„Was gilt mein Leben, lieber Sanitätsrat, wo so viele Tausende draußen bingeschlachtet werden?“ war seine Antwort.

Aber Sie haben's doch gar nicht nötig, mein Bestler! entgegnete der Arzt.

„Ja, leben Sie, das ist ja auch das Hauptziel, warum das entsetzliche Menschen schlachten immer weiter geht! Unsere Hände und Alerköpfe denken nämlich genau so wie Sie sagen: „Wir haben's ja nicht nötig, daß wir unsere Haut zu Markt tragen! Mögen es die anderen tun — wenn wir nur in Sicherheit sind!“ Deshalb töbt ja auch das Schlachtfest weiter! Darum wird nicht Schulz gemacht!

„Um Gottes willen!“ entwiderte der Arzt. „Seien Sie bloß still, bester Herr Harthaus! Sie kommen ja in Zeiten, Küste mit Ihren Gedanken!“

Und das ist das jüchte Übel, worum der Hammer weitergedacht, entgegnete Harthaus unbeherrscht. „Weil sich kein Mensch traut, den Mund aufzumachen und die Wahrheit zu sagen! Glauben Sie mir, lieber Sanitätsrat, dieser Massenverbau kann niemand nochmal ein schlimmes Ende! Die Herrschaften da oben werden am Ende die Augen auf-

reihen und sich an die Brust schlagen: „Gott sei mir gnädig! Warten Sie ab, es kommt noch so weit!“

Als heute der Sanitätsrat Meinhold hinter dem Sarge des Verstorbenen herging, dachte er wieder an jene Unterredung, und er mußte sich wundern, wie prophetisch wahre Lucian Harthaus gesprochen hatte. Es war alles so eindringlich, wie er's vorausgesagt hatte.

Waren doch auch nur tausend solcher Männer wie Lucian Harthaus im Lande auferstanden und hätten die schlafenden Herzen und Gewissen des Volkes aufgerüttelt, dann wäre Tausenden und abermals Tausenden mythisches Dahingemordeten dieses entsetzliche Los erspart geblieben!

Der Geistliche sprach dem Toten warme Worte des Gebeten nach, läbte sein aussterbendes Leben, das er so ganz dem Wohle seiner Menschenbrüder gewidmet habe. Auch er sprach das Wort aus, das alle empfanden: „Unersetzlich!“

Und dann trat einer jener Menschen ans Grab, die Lucian Harthaus vom Sturz in den Abgrund gerettet, aus dem er wieder ein geachtetes und brauchbares Mitglied der Menschheit gemacht hatte.

„Du Treuer! Edler! Wieviel Herzen mögen um dich weinen, denen du ins trübselige Dunkel Trost und Hilfe gebraucht hast! Wieviel heimliche Tränen mögen fließen in dankbarer Erinnerung dessen, was du ihnen einst Gutes erwiesen hast! Dein ganzes Leben war ein selbstloses Opfer! Du bist ganz in der Liebe zu deinen Menschenbrüdern aufgegangen! Wieviel zerbrochene Erinnerungen hast du wieder bestellt, wieviel verzögerte und verirrte Menschenseelen wieder dem Leben zurückgewonnen! Du Helfer! Du Held! Du Retter! Und als Retter und Held bist du von uns gegangen! Dein edles Leben hast du einem geliebten Menschenleben gespendet, das du von Flammen bedroht glaubtest und das du tödesverachtend retten wolltest. Das ist das Symbol deines ruhmvollen Daseins! Du bist als Retter von unten gegangen! Schlaf wohl im Frieden! Die Erde werde dir leicht!“

Zu diesem Segen löste sich die Trauergemeinde auf. — (Fortschreibung folgt.)

Gasthof z. Schwarzen Ross
Sonntag von nachmittag 5 Uhr an
öffentl. Ballmusik



Hierzu lädt freundlich ein
Wilhelm Hanta.

Zum Fastnachts-Dienstag

Jungfrauen-Fastnacht. Nur kurze Zeit! Grosser Inventur-Ausverkauf!

Alle Waren bedeutend im
Preise herabgesetzt, ver-
schiedenes unter Preis.



Günstige Gelegenheit
für Jedermann

da ich mit Konfektion,
Stoffen verschiedenster
Art, Hemdenkörper, sowie
Leib-, Tisch- u. Bettwäsche
von der gewöhnlichsten
bis zur elegantesten Aus-
führung dienen kann.

Richard Jentsch

Bergstraße 15 G.

der deutsche Rundfunk

die grösste Funkzeitschrift, bringt alle Pro-
gramme und großen Unterhaltungs- und
Bastlerteil. Nur 50 Pf. jede Woche. Abon-
nementsbestellung bei jedem Briefträger
Probenummern kostenlos vom Verlag Berlin N 24

Senden Sie mir sofort
RHEUMASAN

gegen
Rheumatismus, Gicht, Hezenachuß, Ischias, Feuchte, kalte Füße

Dr. Reiss
Rheumasan- u. Lenicot-Fabrik
Berlin N.W. 87.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig	
Mehers Klassiker - Ausgaben	
In Holzdrucken auf holzfreiem Papier wieder lieferbar:	
Steinlein	3
Woron	4
Schamfr	3
Selbel	3
Grillparzer	5
Hauff	4
Hebbel	6
Heine, Kleine Ausg.	4
Hölderlin	2
Keller	5
Kleist	2
Körner	4
Gellert	7
Gudwig	3
Gußher	3
Mörike	3
Übelungenlied	1
Reuter	7
Schiffel	4
Schiller, Kl. Ausgabe	9
— Große Ausgabe	15
Schafspeare	10
Storm	6
Wieland	4

oder Wohl in Preiss gebunden 4,50 Mark,
in Goldblatt gebunden mit Goldüberdruck 7,00 Mark

Vorzeichnisse der 100 Wohl umfassenden Sammlung liefern!

Gasthof zum Hirsch. **Gasthof zu Grünberg.**

Sonntag, den 14. Februar

feine Ballmusik.

neue Kapelle. Die neueste Jazzbandmusik

Flotte Bedienung — Bublikopf

Hierzu lädt herzlich ein

O. Berthold u. Frau.

Heute Sonntag von nachmittag an
starkbesetz. Ballmusik

Hierzu lädt freundlich ein

Robert Schuert u. Frau.

M. C. R.

Motorrad-Club „Rödertal“
Ottendorf-Okrilla

nimmt Motorradfahrer als Mitglieder auf.

Die im Club wieder neu auf ge-
nommene Motorrad-Sparkasse bietet
Anhängern des Motorradclubs Ge-
legenheit, sich durch leichteschwinge-
liche Wochenruten noch geraumer
Zeit in den Besitz eines Motorrades
zu setzen.

Nähere Auskunft entnehmen:

Erwin Lohmann Paul Gütter
Vorsitzender. Fahrwart.
Ottendorf-Okrilla.

Bur Fastnacht!

Feinstes gamahleu. Zucker	pfund	30
Rossf.ade		32
Amerikan. Schweine-Schmalz		98
Johannisbeer Konfitüre		90
Aprikosen Konfitüre		100
Feinstes Auszugs Mehl		28

em fehlt

Hermann Krüger.

Faschings-Artikel!

Mützen und Hüte
Konfetti, Luftschlangen, Neckwedel
Nebelhörner usw.

Larven für Kinder u. Erwachsene

em fehlt

Buchhandlung Herm. Rühle.

Grosser

Inventur - Ausverkauf

bis Montag, den 15. Februar.

Nach beendetem Inventur und
um zu räumen große Abstoß-
ung von Lagerwaren zu ganz
besonders billigen Preisen.
Versäumen Sie diese günstige
Gelegenheit nicht. Sie erhalten
an diesen Tagen Artikel über
deren Preis Sie staunen.
Außerdem gewähre Ich
während des Ausverkaufs
auf reguläre Waren

10 Prozent Kassen - Rabatt.

Gustav Weinhold

Ottendorf-Okrilla gegenüber der Post.

für
Persil
Wollwäse.
Schön in kalter
Lauge erzielen.
Sie den schön-
sten Erfolg!

Inventur - Ausverkauf

vom 6. bis 15. Februar.

Kesselbettwäsche 1 Bezug, 2 Kissen	8,75
do. do.	9,75
Barchentrocke bunt	1,20
Pique-Unterröcke weiss	2,20
Mädchen-Schürzen	1,20
Damen-Schürzen Wiener Form	2,20
Handtücher	0,58
Hemdentuch 1a Qualität	0,95
Mousselin-Kleider	7,00 - 8,00
sowie alle anderen einschlägigen Artikel zu billigsten Preisen.	

Paul Schneider, Langebrück

Filiale:

P. Müller, Ottendorf-Okrilla
Dresdnerstrasse.

Husten, Atemnot
Verschleimung
Schreibe allen gern umsonst,
womit sich schon viele Lanz-
ende von ihrer Qual befreien.
Rut Rückmarke erwünscht.
Walther Althaus,
Heiligenstadt (Eichsfeld).

Ferkel

verkauft
Medingen Nr. 12.

**Speise-
Kartoffeln**

rote und weiße
Bentner 2,60 Pf.
ab Hof verkauft

Rittergut Grünberg

Bettfeder-Reinigung
hat sich bestens empfohlen.

Bestellungen erbitten vorraus.

Erhard Hauffe
Königsbrück.
Hinterre Gasse 4.

Continental-

Straßenkarte

für Rad- und Kraftfahrer.
Preis 75 Pf.
empfiehlt

Hermann Rühle,
Buchhandlung.

Schlacht-

Pferde
taut zum höchsten Preis
Rosschleicher M. Wels Laus-
Bei Langwitz'schen Transport-
Wagen sofort da. Herausprecher
Amt Hermsdorf Nr. 1.